

Die Zukunft des Karenzgeldes scheint durch die Ankündigung der Koalitionsregierung zur Einführung des erwerbsunabhängigen “Kinderbetreuungsgeldes” besiegelt. Der Beitrag fasst die Entwicklung der Argumente (zum Thema) in der politischen Debatte zusammen, liefert Daten zur Inanspruchnahme des Karenzgeldes, gibt einen Überblick über die von der jeweiligen Parteiideologie geprägten, familienpolitischen Positionen und analysiert die Modelle hinsichtlich ihrer Folgewirkungen für die Zukunft der Frauenpolitik.

Das Karenzgeld nach (noch) geltender Rechtslage ist eine Versicherungsleistung und beruht auf dem Prinzip der Beitragszahlung. Ein “Kinderbetreuungsgeld für alle” durchbricht dieses Versicherungsprinzip und geht vom Ziel des Einkommensersatzes für unselbstständig Erwerbstätige ab. Personen, die nicht erwerbstätig sind und somit keinen Einkommensentfall haben, kommen in den Genuss einer Versicherungsleistung, für die sie keine Beiträge bezahlt haben. Ein aus dem FLAF finanziertes “Kinderbetreuungsgeld” ist nicht nur ein Systembruch, sondern bedeutet die Umverteilung von Geldern von Erwerbstätigen hin zu Nicht-Erwerbstätigen – und dies, während gleichzeitig ein Großteil der unselbstständig Beschäftigten schon seit Jahren den Gürtel – bedingt durch das “Sparpaket” – enger schnallen muss.

Unabhängig von der sozial ungerechten Finanzierungsweise: Die Modelle “Kinderbetreuungsgeld” und “Kinderbetreuungsscheck” bedeuten den staatlich subventionierten “Dauerparkplatz Haushalt” für Mütter. Denn es ist eine Tatsache, dass längere Berufspausen die Chancen von Müttern auf einen Arbeitsplatz gegen null sinken lassen. Die volkswirtschaftlich sinnvolle Forderung nach einer hohen Frauenerwerbsquote geht so immer mehr ins Leere, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer mehr zur hohlen Phrase.

Um der Situation erwerbstätiger Frauen und Mütter gerecht zu werden, sind vielmehr Lösungen erforderlich, die Mütter nicht

**KURZFASSUNG****KARENZGELD FÜR ALLE – STILL-  
LEGUNGSPRÄMIEN FÜR FRAUEN?***Liane Pluntz*

aus dem Erwerbsleben drängen, die mehr Chancengleichheit eröffnen, die eine partnerschaftliche Teilung der Elternpflichten forcieren und die letztlich Rahmenbedingungen garantieren, damit Beruf und Kindesobsorge vereinbart werden.